Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 16. März 1887. Nr. 125.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

28. Plenarsitzung vom 15. März.

Am Ministertische: Staatsminister Maybach, Dr. v. Scholz u. A.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Eingegangen: Gesetzentwurf betr. die Verlängerung der im § 7 des Gesetzes betr. Ergänzung und Abänderung der Bestimmungen über die Aussonderung des steuerartigen Theils aus den sogenannten stehenden Gefällen in der Provinz Schleswig-Holstein vom 25. Mai 1885 festgesetzten Frist; Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für 1885—86.

Der Gesetzentwurf betr. das Verfahren bei Vertheilung von Immobiliarpreisen im Geltungsbereich des rheinischen Rechts wird ohne Debatte in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betr. die weitere Herstellung neuer Eisenbahnlinien für Rechnung des Staats und sonstige Bauausführungen auf den Staatseisenbahnen.

Bei der für die Strecke Terespol-Schwetz ausgeworfenen Summe von 370,000 Mark bittet

Abg. Dr. Wehr (Keutsch-Krone, frks.) den Minister, diese Bahn, für welche dankenswerther Weise schon die Vorarbeiten gemacht sind, wenn irgend möglich, noch im Laufe dieses Sommers auszuführen. Es handle sich um schwerwiegende Interessen, in Sonderheit um die Existenz einer Zuckerfabrik, welche von dortigen Landwirthen erbaut worden ist, und es gelte hier in Wahrheit der Satz: „Wer schnell giebt, giebt doppelt."

Die Position wird bewilligt, die folgenden werden nicht beanstandet.

Gelegentlich der von Bergen auf Rügen einerseits nach Crampas-Saßnitz, andererseits nach Lauterbach in Aussicht genommenen Strecke giebt

Abg. Lucius (Erfurt, frks.) dem dringenden Wunsche Ausdruck, daß bei Saßnitz oder Crampas recht bald wenigstens ein Nothhafen im Interesse der Hochseefischerei angelegt werde.

Für den Bau einer Bahn von Pratau nach Torgau sind 2,800,000 Mark ausgeworfen.

Abg. v. Rauchhaupt vertritt hierbei die in einer Petition der städtischen Behörden zu Düben gewünschte Bahnverbindung von einem Punkte der projektirten Linie, Pretzsch bezw. Schmiedeberg, über Düben nach Eilenburg.

Die Budgetkommission (vertreten durch Abg. Immwalle) beantragt, diese Petition der Staatsregierung als Material für eine demnächstige weitere Vorlage, betr. Ausdehnung des Sekundärbahnnetzes zu überweisen.

Abg. Dr. Meyer (Breslau) bittet, die Bahntrace so zu legen, daß die von der Stadt Pretzsch ausgesprochene Bitte, den Ort möglichst nahe zu berühren, erfüllt werde.

Geh. Rath Nicke: Die Bahnrichtung ist endgültig noch nicht festgestellt, indessen läßt sich, so weit dies bis jetzt möglich ist, sagen, daß die Entscheidung voraussichtlich im Sinne der Petenten ausfallen wird.

Die Position wird bewilligt und der Antrag der Budgetkommission angenommen.

Von Euskirchen nach Münstereifel ist eine Bahn projektirt und die Summe von 1,136,000 Mark ausgeworfen.

Abg. Berger legt bei dieser Gelegenheit der Regierung den weiteren Ausbau einer Eifelbahn dringend ans Herz und spricht die Hoffnung aus, daß schon die nächste Eisenbahnvorlage das Projekt einer südlichen Eifelbahn enthalte. Was die Staatsregierung bis jetzt für die Eifel gethan, sei von großen Erfolgen gekrönt gewesen, der Nothstand sei aber dadurch noch nicht gehoben und er bitte die Regierung um weitere Bethätigung ihrer Fürsorge für die Eifelgegend.

Minister Maybach versichert die unverminderte Theilnahme und Fürsorge der Staatsregierung für die Noth der Eifelgegend und spricht die Erwartung aus, daß es möglich sein werde, mit der nächsten Vorlage über Eisenbahnbauten wiederum auch der Eifel Etwas zukommen lassen zu können.

Abg. Mooren (Zentr.) spricht dem Minister seinen Dank für diese Zusage aus.

Die Forderung wird bewilligt.

Bei der Linie von Dülken nach Brügge (200,000 Mark) bemerkt

Abg. Hitze, daß im Interesse der Textilindustrie der Anschluß nach Gladbach vortheilhafter wäre. Doch könne er sich auch mit diesem Projekt einverstanden erklären.

Abg. Fritzen (Zentr.) erklärt sich gegen den Wunsch des Vorredners. Für einen Anschluß nach Gladbach liege kein Bedürfniß vor.

Die Forderung wird bewilligt.

Für die Strecke Lindern-Heinsberg werden 850,000 Mark verlangt.

Abg. Janssen (Aachen, Zentrum) spricht dem Minister seinen Dank für dieses Projekt aus, wünscht aber auch die Anlage einer Linie Lindern-Jülich.

Die Forderung wird bewilligt.

Zur Anlage einer Hafenbahn in Apenrade werden 60,000 Mark gefordert.

Abg. Jürgensen (natl.) wünscht direkte Verbindung von Apenrade mit dem Westen oder Nordwesten, um der Konkurrenz Rendsburgs begegnen zu können.

Die Forderung wird bewilligt.

Zur Erweiterung des Bahnhofs Königsdorf werden 260,000 Mark gefordert.

Abg. Trimborn spricht seine Freude über diese beabsichtigte Erweiterung aus. Seit Anlage der Eisenbahn habe sich der Verkehr in Königsdorf außerordentlich verstärkt, auch seien in der Nähe mancherlei industrielle Unternehmungen entstanden.

Die Summe wird bewilligt.

§ 1—3 werden ohne Debatte genehmigt.

§ 4 bestimmt, daß die Regierung befugt sein soll, bei allen Staatsbahnen nicht nur bewegliche Eisenbahnbestandtheile, sondern auch unbewegliche ohne Zustimmung des Landtags zu veräußern, insoweit als dieselben nach der Erklärung des Ministers der öffentlichen Arbeiten für den Betrieb der betreffenden Eisenbahn entbehrlich sind. Diese Anordnung soll auch rückwirkende Kraft haben.

Abg. v. Strombeck (Zentr.) erklärt es für wichtiger, wenn sich die Kommission über eine bestimmte Werthangabe des zu veräußernden Materials geeinigt hätte. Von einem Antrag in dieser Richtung sehe er seinerseits ab, weil derselbe aussichtslos sei.

Abg. Berger (Witten, lib.) empfiehlt die Annahme des Kommissions-Beschlusses.

Geheimrath Gleim erklärt, daß die Regierung mit der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung einverstanden sei.

§ 4 wird hierauf in dieser Fassung angenommen.

Bei § 5 bittet Abg. Knebel (natl.), nachdem der Minister vorher der Eifel gegenüber sein Wohlwollen bekundet habe, in gleicher Weise auch für den Hundsrück zu sorgen.

Der Rest des Gesetzes wird hierauf angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betr. den weiteren Erwerb von Privatbahnen für den Staat.

Abg. Dr. Wehr (Dt.-Krone, freik.), bedauert, daß die Vorlage nicht noch weitere Bahnen umfasse. Es sei das aber nicht Schuld des Ministers, der vielmehr den betreffenden Aktiengesellschaften hinreichende Angebote gemacht habe. Die Aktionäre beklagten es jetzt sicherlich, die gemachten Offerten nicht angenommen zu haben, sondern den üblichen Rathschlägen der Börse gefolgt zu sein. Wenn die Aktionäre nunmehr Schaden erlitten, so sei das also nicht Schuld der Regierung, sondern der Rathgeber, denen sie gefolgt seien. (Sehr richtig! rechts.)

Die Vorlage wird hierauf unverändert angenommen.

Das Haus vertagt sich hierauf.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Dritte Lesung der Eisenbahnvorlagen; Gesetzentwurf betreffend die Kanton-Gefängnisse in der Rheinprovinz; kleinere Vorlagen.

Schluß $1^1/_2$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 15. März. Noch läßt sich keine Klarheit darüber gewinnen, ob die gegen den Zaren geplante, aber rechtzeitig entdeckte Verschwörung wieder von den Nihilisten ausging und lediglich die Ermordung des Monarchen zum Ziel hatte, oder ob andere Volkskreise an dem Unternehmen betheiligt waren, und dieses letztere selbst auch auf ein anderes, ohne Blutvergießen zu erstrebendes Ziel gerichtet war. Nach einer der Bestätigung noch bedürfenden Wiener Meldung der „Times" wäre die in Petersburg entdeckte Verschwörung auf den Sturz des Absolutismus und die Einführung einer Konstitution gerichtet gewesen. Die Verschwörer seien keine Nihilisten, sondern hochgestellte Großgrundbesitzer; ihr Plan sei nicht gewesen, den Zaren zu ermorden, sondern ihn zu zwingen, zwischen dem Erlasse einer Konstitution und der Abdankung zu wählen.

Ein Telegramm aus London ergänzt diese Meldung:

„Times" und „Daily Chronicle" melden gleichartig aus Wien:

„In Rußland wurde eine weitverzweigte Verschwörung zum Umsturz des autokratischen Regiments und zur Errichtung des Verfassungsstaates entdeckt. Der Verschwörer gehören zumeist den besten Klassen an; Nihilisten sind keine unter ihnen. Zahlreiche Verhaftungen haben stattgefunden."

Mit dieser Meldung steht freilich im Widerspruch, daß Personen verhaftet wurden, welche Sprengstoffe bei sich hatten, und daß diese Verhaftungen auf einer Straße stattfanden, welche der Zar und die Zarewna einschlagen sollten. Nach dem „Standard" wurden 6 Studenten mit Sprengstoffen vor dem Anitschkow-Palais arretirt. Wenn es sich um eine Verschwörung handelte, deren Ziel eine unblutige Revolution war, so waren auch diese muthmaßlichen Sprengbombenwerfer überflüssig; man müßte denn annehmen, daß dieselben nur auf die Straße geschickt gewesen seien, um den Zaren einzuschüchtern.

Der offizielle Petersburger Telegraph schweigt natürlich noch; es liegt nur eine Depesche vor, welche die Meldung des „Regierungsanzeigers" übermittelt, daß am 13. März, 2 Uhr Nachmittags, der Kaiser und die Kaiserin nebst den Mitgliedern des kaiserlichen Hauses der Seelenmesse für den Kaiser Alexander II in der Peter-Pauls-Kathedrale beiwohnten, daß ferner an demselben Tage um $2^1/_2$ Uhr Nachmittags die Majestäten mit dem Großfürsten-Thronfolger und den übrigen Kindern nach Gatschina übersiedelten.

— Der Reichskanzler Fürst Bismarck hat dem Hamburger Senat anläßlich des Ablebens des ersten Bürgermeisters Dr. Kirchenpauer ein Beileidschreiben übersandt, in welchem derselbe in anerkennenden Worten seiner persönlichen Beziehungen zu dem Verstorbenen gedenkt.

— Ultramontane Blätter rechnen es dem Prinz-Regenten von Baiern hoch an, daß er den Erzbischof Steichele von München mit Ueberspringung eines Grades zum Groß-Komthur des Zivil-Verdienst-Ordens der baierischen Krone ernannt hat.

— Die englische Regierung hat die Verstärkung der Schlagfertigkeit der britischen Armee bereits in Angriff genommen. Im Unterhause erklärte gestern bei der Berathung des Militär-Etats der Staatssekretär des Krieges, Stanhope, die Mittel zur Vertheidigung des Landes hätten eine wesentliche Besserung erfahren, so daß er hoffe, bald im Stande zu sein, im Nothfalle ein vollständiges Armeekorps in kürzester Frist einschiffen zu können. Gleichwohl halte er die vorgenommenen Verbesserungen noch nicht für ausreichend. Ueber die Wahl eines Repetirgewehres hoffe er in den nächsten Wochen eine Entscheidung herbeigeführt zu sehen, das Heer müsse dann schleunigst mit demselben ausgerüstet werden, dasselbe müsse ein Gewehr erhalten, das in seinen Leistungen demjenigen jeder anderen Armee überlegen sei. Die von der Regierung geforderte Heeresziffer und der Betrag der Löhnung wurden vom Hause genehmigt.

— Herr von Lesseps ist gestern Abend wieder in Paris angekommen. Einem der „Voss. Ztg." von dort zugehenden Privat-Telegramm zufolge sagte er den zahlreichen Interviewern ungefähr gleichlautend Folgendes:

„Ich fasse meine Berliner Eindrücke in ein Wort zusammen: Es ist der Friede. Ich hatte keinerlei politische Sendung und mit der deutschen Regierung nichts zu unterhandeln; ich wollte nur die Stimmung kennen lernen und bin entzückt. Ich wußte, daß bei uns Niemand den Krieg will, ich weiß jetzt, daß in Berlin alle Welt den Frieden will, und es ist eine große Freude für mich, meinem Lande diese frohe Botschaft zu bringen. Ja wohl, alle Welt will den Frieden, Fürst Bismarck wie die anderen. Er hat mich zweimal empfangen und mir einmal einen Gegenbesuch gemacht; ich war bezaubert von seiner loyalen, klaren Sprechweise und seinem warmen Wohlwollen. Er hatte sich von den Absichten und Plänen unserer Regierung eine ungenaue Vorstellung gemacht und schrieb uns geheime Vorsätze zu, die ihn ungeduldig machten, aber die ehrlichen Aufklärungen unseres Botschafters haben den Reichskanzler zufrieden gestellt, der über Herbette äußerte: „Er hat seine, ich gestehe es heute, schwierige Aufgabe vortrefflich erfaßt. Nie war ein Botschafter offener, ehrlicher, bestimmter. Ich schätze ihn hoch und bin glücklich, Ihnen zu wiederholen, daß Dank ihm gegenwärtig Alles geschlichtet ist." Ueber sein Erscheinen bei Hofe sagte Lesseps: „Die Kaiserin sagte mir in ihrer edlen, gewinnenden Art: „Ich beschäftige mich nicht mit Politik, freue mich aber, einen Franzosen zu sehen. Ich liebe Ihr schönes Land und wäre glücklich, wenn Frankreich und Deutschland in gutem Einvernehmen lebten, wie der Kaiser und ich es wünschen." „Der Kaiser", fuhr Lesseps fort, „hat dieselben ausgezeichneten Absichten. Seine Gesundheit ist vortrefflich; ich sah ihn ununterstützt die Treppe hinauf- und herabsteigen, eigenhändig einen schweren Armstuhl zurechtrücken. Den Händedruck, mit dem er mich beehrte, fühlte ich kräftig und warm. Er unterhielt ein stundenlanges Gespräch über den Panama-Kanal und andere Angelegenheiten mit gleichmäßigem, lebendigsten Interesse. Kurz, ich begreife gewisse allarmirende Gerüchte nicht. Auch der kaiserliche Herr gab mir die Versicherung, daß er den Frieden wolle und auch die früheren nothwendigen Kriege nur mit schmerzlicher Selbstüberwindung geführt habe. Auch über das Aussehen Berlins äußerte sich Lesseps überrascht und bewundernd.

— Ueber die Vorgeschichte der letzten Militäremeute in Bulgarien geht der „Pol. Korr." aus Sofia eine „authentische Darstellung" zu, aus deren Inhalt der „Voss. Ztg." ein Wiener Privattelegramm folgende Einzelheiten mittheilt. Die Emeute kam darnach der bulgarischen Regierung keineswegs unerwartet. Die Regierung hatte vielmehr ziemlich genaue Kunde von den Vorbereitungen für die Revolte. Seit mehr als zwei Monaten wußte man in Sofia von dem Bestande eines revolutionären Komitees in Bukarest, welches auf die Herbeiführung von Unruhen in Bulgarien hinarbeitete und über bedeutende Geldmittel für diesen Zweck verfügte. Dieses Revolutions-Komitee versandte lithographische und gedruckte Zirkulare, sowie Privatbriefe an Offiziere der verschiedensten Garnisonen Bulgariens, in welchen die Empfänger zum Abfall von der Regentschaft aufgefordert wurden. In den von Benderew unterzeichneten Briefen wurde den Offizieren für den Fall, daß der Aufstand gelinge, ein rasches Avancement verheißen, Jenen aber, die sich dem Aufstande nicht anschließen, sowie überhaupt den Garnisonen, welche der Regentschaft treu bleiben würden, wurde Vernichtung angedroht. Vielen Briefen waren mehrere hundert Rubel beigeschlossen und die Empfänger dieser Summen wurden eingeladen, nach Rumänien zu kommen, wo sie bis zum Sturze der gegenwärtigen bulgarischen Regierung und bis zur Herstellung einer Neuordnung der Dinge aus der reichdotirten Kasse des revolutionären Komitees ihre vollen Gehalte beziehen würden. Offiziere, welche auf diese Weise geködert werden sollten, haben die übersendeten Geldbeträge humanitären Vereinen zugewendet und die Briefe dem Kriegsminister Oberst Nikolajew übermittelt. Der Kriegsminister wird die Briefe in nächster Zeit der Oeffentlichkeit übergeben.

Ausland.

Brüssel, 14. März. Nachdem nunmehr die „letzte" Leiche — die einhundert und elfte — aus dem Grundwasser der Grube Sainte Déſirée herausgezogen worden, lassen sich endlich die Ergebnisse dieses Gruben-Unglücks zusammenfassen. Es sind aus der Grube 8 Verwundete und 111

Todte herausbefördert worden; da von den Ersteren 2 verstorben, so stellt sich die Zahl der Todten auf 113. Unter diesen befinden sich 10 Frauen, 10 Kinder von 13—16 Jahren, 20 junge Leute von 16—20 Jahren, darunter 8 junge Mädchen. Unter den noch am Leben befindlichen Verwundeten befinden sich 2 Kinder von 12 und 13 Jahren. Schärfer als durch diese Zahlen können die Zustände in der belgischen Kohlenindustrie nicht beleuchtet werden, aber an eine Besserung derselben ist sobald nicht zu denken. Die „nationale“ Industrie fordert, daß der Selbstkostenpreis, um der ausländischen Konkurrenz wirksam entgegen zu treten, möglichst niedrig ist, also, heißt es, ist Frauen- und Kinderarbeit in den Gruben unentbehrlich. Die Verhältnisse im weiten Bassin Borinage sind in Folge dessen geradezu trostlos. Neun Zehntel dieser ärmsten Bevölkerung Belgiens wächst ohne jede Schulbildung auf; ihre einzige Beschäftigung und ihre alleinigen Kenntnisse beschränken sich auf die Kohlenarbeiten; für jede andere Arbeit geht ihnen alles Verständniß ab. Keine belgische Regierung hat es bisher der Mühe für werth gehalten, für eine bessere Bildung dieser Bevölkerung zu sorgen, und so verdummt sie immer mehr. Bis gestern waren dem Zentralkomitee in Mons, dessen Vorsitzender der Gouverneur des Hennegau, Herzog von Ursel, ist, für die Hinterbliebenen der Opfer 70,000 Frks. zugegangen, aber die Sammlungen gehen im ganzen Lande fort; in allen Kirchen wird gesammelt; die Zeitung „L'Etoile“ allein hat schon 32,000 Franks zusammengebracht. Auf Anweisung des Kriegsministers veranstalten alle Militärkapellen Wohlthätigkeitskonzerte. Aber auch hierin zeigt sich die Unfertigkeit der belgischen Arbeiterverhältnisse; hätte man eine gesetzlich gesicherte Fürsorge für die Arbeiter, wären diese nicht auf den guten Willen der industriellen Gesellschaften angewiesen, so brauchte man nicht von staatlicher und privater Seite in dieser Weise die öffentliche Wohlthätigkeit anzurufen, denn militärische Reiterfeste unter Theilnahme des Hofes, Maskenbälle, Maskenaufzüge „zu Gunsten der Opfer“ machen diesem Unglück gegenüber doch einen wenig würdigen Eindruck.

London, 12. März. Zu den erfreulichen Ergebnissen des Bismarck'schen Wahlsieges gehört die ungeheuchelte Befriedigung Englands über den Ausfall der gestrigen Abstimmung im Reichstage. Sogar die „Daily News“, welche anfänglich hinter Bismarcks Septennatsgesetz nur Wahlmanöver und offene Kriegedrohung witterte, schwenkt mit folgenden Worten ein: „Bismarcks Sieg muß mit allgemeiner Befriedigung begrüßt werden. Die deutsche Nation hat in ihrer Gesammtheit die Sachlage klüger beurtheilt als die Freisinnigen und sich dafür entschieden, daß es für das Vaterland wichtiger sei, einem Angriffe Frankreichs oder Rußlands gewachsen zu sein.“ Der „Daily Telegraph“, stets deutschfreundlich, stellt sich auf einen höhern Standpunkt: „Die meisterhafte Politik Bismarcks“ — sagt er — „hat Frankreichs Abneigung gegen den Krieg und Rußlands Taktik zugleich aufgedeckt; und die Zeit hat dafür gesorgt, daß im Orient die Dinge sich ohne militärischen Eingriff einrenken.“ Die „Morning Post“ zieht die Erneuerung des Dreibundes zwischen Deutschland, Oesterreich und Italien in ihre Betrachtung und sagt: „Wenn etwas im Stande ist, Rußland von der Verfolgung panslawistischer Pläne abzuschrecken, so ist es der Gedanke, daß die russischen Legionen die vereinten Schaaren der drei Monarchieen sich gegenüber finden werden.“ Der in letzter Zeit uns übelgelaunte „Globe“ schreibt wie die „Daily News“: „Sowohl Deutschland als Europa haben sich zu der gestrigen Abstimmung zu beglückwünschen. Die Berufung ans deutsche Volk hat bewiesen, daß es die Reichseinheit nicht durch Parteiwühler beeinträchtigen lassen will. Und für Europa ist es sehr wünschenswerth, daß die Regierung, welche die stärkste und konservativste Macht auf dem Festlande darstellt, von der thatsächlichen Einstimmigkeit ihres Volkes unterstützt werde. Von jedem Standpunkt aus, mit Ausnahme des anarchistischen, ist also Bismarcks Triumph befriedigend.“ Ein bedeutsames Endurtheil über den deutschen Wahlkampf giebt die „Times“ in einem besondern Artikel über „die Parteien im deutschen Reichstage“ ab. In der beigegebenen Wahlkreiskarte stellt sie die Konservativen und die Nationalliberalen mit derselben weißen Farbe dar, „weil letztere sich immer mehr in Reichsfragen nach rechts neigen. Es war diese Partei stets das Salz des Reichstages, die Partei der aufgeklärten Grundsätze und des unbeugsamen Patriotismus; sie wird im neuen Reichstage das Rückgrat der Regierungsunterstützung bilden. Am meisten haben die Freisinnigen verloren, die sich die deutschen Freisinnigen nennen, aber nichts weiter sind, als eine Verbindung von Radikalismus und Verschleppungssucht, stets — den Worten des Kanzlers zufolge — bestrebt, alles, was Deutschland groß und einig gemacht, anzufechten. Diese systematischen Gesetzentwurfsverschlepper, Bill-blockers, sind jetzt vernichtet und zu einer Fraktion sechsten Ranges herabgedrückt. Der Geist der Partei drückt sich in der von Eugen Richter gegründeten freisinnigen Zeitung aus; „ihr Ton ist hoffnungslos verneinend, schmähsüchtig und gemein.“ Von den Sozialisten sagt die „Times“, daß sie aus Sachsen wie mit einem Besen hinausgekehrt wurden. Die Bedeutung ihres allgemeinen Stimmenzuwachses sei mehr augenfäuig als thatsächlich, denn niemals vorher habe die Theilnahme an der Abstimmung eine solche Höhe erreicht, wie bei den letzten Wahlen. Denn während von allen Wählern im Jahre 1871 nur 52 Prozent, 1874 62 Prozent, 1878 63 Prozent, 1881 58 Prozent und 1884 62 Prozent stimmten, gingen in diesem Jahre 70 Prozent zur Wahlurne. Ueberblickt man die Gesammtpresse Großbritanniens, so darf man sagen, daß alle anständigen und wichtigern Blätter den Sieg Bismarcks als einen Sieg des europäischen Friedens feiern, während die ultraradikalen und sozialistischen Zeitungen, welche das starke republikanische Frankreich gegen das monarchische Deutschland aufspielten, für Windthorst und Richter eine Zähre des Mitleids weinen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. März. Der 13. pommersche Provinziallandtag wurde gestern Mittag 12 Uhr im Sitzungssaale des hiesigen Landhauses durch den Oberpräsidenten Grafen Behr-Negendank mit folgender Rede eröffnet:

„Meine hochzuverehrenden Herren! Nachdem Se. Majestät der Kaiser und König geruht haben, den 13. Provinziallandtag der Provinz Pommern auf heute zu berufen, heiße ich Sie beim Beginne Ihrer diesjährigen Arbeiten wiederum aufs herzlichste willkommen. Was die von Ihnen im verflossenen Jahre gefaßten Beschlüsse anbelangt, so ist der am 10. März v. J. von Ihnen beschlossenen Anleihe von 2,000,000 M. die landesherrliche Genehmigung durch Allerhöchstes Privilegium vom 30. August v. J. nach Maßgabe des vom Provinzial-Ausschusse gestellten Antrages ertheilt. Dagegen ist der Erlaß der von Ihnen begutachteten neuen Allerhöchsten Verordnung betreffend die Ausführung des Fischerei-Gesetzes für die Provinz Pommern bisher noch nicht erfolgt, aber in nicht ferner Zeit mit Sicherheit zu erwarten. Der Herr Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten, welcher, wie Ihnen bereits bekannt ist, der Obstkultur seine besondere Fürsorge zuwendet und auch für unsere Provinz weitere Mittel zu bewilligen willens ist, erbittet von Ihnen Beihülfen von 230 M. und 220 M. zur Veranstaltung von Obstbaulehrgängen in Eldena und Köslin. Da die Haupt-Direktorien des baltischen Zentral-Vereins und der pommerschen ökonomischen Gesellschaft die Bewilligung dieser Summe dringend befürworten, darf ich dieselbe wohl um so mehr erhoffen, als andere Provinzen erheblich höhere Beträge zahlen. Die Gewerbekammer für die Provinz Pommern ist, nachdem Sie für deren Bedürfnisse zunächst die einmalige Summe von 5000 M. bewilligt, und nachdem der von Ihnen bevollmächtigte Provinzial-Ausschuß die Wahlen vollzogen, am 15. November v. J. eröffnet und am 1. März d. J. zu einer weiteren dreitägigen Sitzung zusammengetreten, welche den erfreulichsten Verlauf nahm und in sehr lebhaften, anregenden und eingehenden Debatten wichtige Anträge und Beschlüsse herbeiführte. Indem ich dem Herrn Landes-Direktor und dem Provinzial-Ausschusse namens der Staatsregierung den wärmsten Dank dafür ausspreche, daß die für die Bedürfnisse der Gewerbekammer erforderlichen Mittel in das Ordinarium des Etats eingestellt sind, empfehle ich deren nunmehr dauernde Bewilligung Ihrem besonderen Wohlwollen. Im Uebrigen nimmt die königliche Staatsregierung Ihre Mitwirkung nur noch für die Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Bezirkskommission für die klassifizirte Einkommensteuer für den Regierungsbezirk Stettin und eines Mitgliedes derselben Kommission für den Regierungsbezirk Köslin in Anspruch. Von den Ihnen seitens des Provinzialausschusses gemachten Vorlagen erwähne ich die Entwürfe von Reglements über die dienstlichen Verhältnisse der Provinzial-Beamten und für die Verwaltung der Irren-Anstalten des Provinzial-Verbandes, welche Ihnen gedruckt vorliegen, und deren Berathung nächst den Etats- und Rechnungssachen Ihre Hauptbeschäftigung sein wird. Ihrer besonderen Berücksichtigung empfehle ich endlich die Gewährung einer Beihülfe zu den Unterhaltungskosten einer in Demmin zu errichtenden landwirthschaftlichen Winterschule, welche sich als ein wirkliches Bedürfniß herausgestellt hat und von welcher die bäuerlichen Besitzer des westlichen Theiles unserer Provinz wesentliche Vortheile bei der künftigen Handhabung des kleineren landwirthschaftlichen Betriebes erhoffen. Da die sechsjährige Amtsdauer, für welche der Herr Landes-Direktor am 28. Juni 1881 gewählt worden ist, im Laufe des Sommers ihr Ende erreicht, so wird Ihnen die Neuwahl eines Landes-Direktors obliegen. Da die Selbstverwaltung der Provinz sich des Vorzuges erfreut, die Führung ihrer Geschäfte in der Hand eines Mannes zu wissen, welcher bei seltenen Gaben und völliger Hingabe an den freiwillig erwählten Dienst unter vollster Anerkennung der ganzen Provinz die ihm zugefallene schwierige Aufgabe auf das Erfolgreichste löst, so wird gewiß ganz Pommern sich einmüthig in dem Wunsche begegnen, daß es gelingen möge, den Herrn Landes-Direktor noch lange an das von ihm so segensreich verwaltete Amt zu fesseln. In dem laufenden Jahre erlöschen auch die Vollmachten, welche Ihnen, meine hochverehrten Herren, durch die Wahlen zu Abgeordneten zum Provinziallandtage ertheilt sind. Aber auch von Ihnen nehme ich keinen Abschied, da ich der Hoffnung lebe, daß, wenn Gott uns ferner Leben und Gesundheit schenkt, ich Sie im nächsten Jahre vollzählig an dieser Stelle wieder begrüßen werde. Hochverehrte Herren! Möchte der Geist der Eintracht, welcher stets Ihre Berathungen auszeichnete, auch gegenwärtig unter Ihnen walten und möchte der Geist hingebender Vaterlandsliebe und unverbrüchlicher Treue für Se. Majestät gegenwärtig doppelt freudigen Ausdruck erlangen, da wir nicht nur im Begriff stehen, mit ganz Deutschland am 22. d. M. ein Fest sonder Gleichen zu begehen, sondern da wir Pommern in diesem Herbste auch die Ehre haben sollen, unseren greisen Herrn feierlich zu empfangen. Mit diesem herzlichen Wunsche erkläre ich im Namen Seiner Majestät des Kaisers und Königs den 13. Provinzial-Landtag der Provinz Pommern für eröffnet.“

Herr Justizrath Schweiger-Kammin als Alterspräsident brachte sodann ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus und erfolgte hierauf die Bureauwahl, bei welcher zum Vorsitzenden Herr Wirkl. Geh. Rath von Köller-Kantreck und zu dessen Stellvertreter Herr Oberbürgermeister Haken-Stettin wieder- und zu Schriftführern die Herren Bürgermeister Pförtner-Dramburg, Bürgermeister Kleinfeldt-Usedom, Rittergutsbesitzer v. Platen-Ventz und Landrath von Versen-Krampe neugewählt wurden. Es kam demnächst ein Antwortschreiben des Kronprinzen zur Verlesung, welches auf die im vorigen Landtag gelegentlich des 25jährigen Jubiläums des Kronprinzen als Statthalter der Provinz Pommern beschlossene und abgesandte Glückwunschadresse eingegangen ist; dasselbe lautet wie folgt:

„Die freundlichen Glückwünsche, welche der zu Stettin versammelte Provinzial-Landtag aus Anlaß Meines 25jährigen Jubiläums als Statthalter Pommerns Mir noch nachträglich dargebracht hat, verpflichten Mich zu herzlichem Danke. Durch die Kundgebung ward Ich um so mehr erfreut, als Ich in ihm eine Bestätigung der treuen und anhänglichen Gesinnung erblicke, von welcher die Provinz Mir während des letzten Vierteljahrhunderts so vielfache und werthvolle Beweise gegeben hat. Gern füge Ich Meinem Dank die Versicherung hinzu, daß es Mir auch in der Zukunft eine wahre Befriedigung gewähren wird, Meine innigen Beziehungen zu Pommern zu pflegen und gleichzeitig das warme Interesse zu bethätigen, welches Ich der Provinz wie ihren Bewohnern unverändert bewahre. Berlin, den 19. März 1886. Friedrich Wilhelm, Kronprinz, Statthalter von Pommern. An den Vorsitzenden des Provinzial-Landtages von Pommern, Mitglied des Staatsraths, Landrath a. D. und Rittergutsbesitzer Herrn v. Köller.“

— In der Woche vom 6. bis 12. März sind hierselbst 32 männliche und 27 weibliche, in Summa 59 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 24 Kinder unter 5 und 15 Personen über 50 Jahre. Von den Kindern starben 8 an Diphteritis und 1 an Scharlach, von den Erwachsenen starben 11 an Schwindsucht, 1 an Diphteritis und 1 an Wochenbettfieber.

— Landgericht. Strafkammer 1. — Sitzung vom 15. März. — Eine Anklage auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes war gegen den Fleischermeister Joh. Friedrich Hohn von hier gerichtet. Bei demselben fand am 16. September v. J. in dem in Grünhof belegenen Geschäftslokal eine Revision statt, bei welcher eine Kalbskeule mit Beschlag belegt wurde, die einen üblen Geruch hatte und nach Ansicht des Herrn Veterinär-Assessors gänzlich verdorben und zum Genuß für Menschen nicht mehr geeignet war. Hohn wurde deshalb heute wegen fahrlässigen Feilhaltens von verdorbenen Nahrungsprodukten zu 30 Mark Geldstrafe event. 6 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Der Rentier J. Sch. ist Besitzer eines Hauses in der Schillerstraße, scheint aber nicht mit allen seinen Miethern im besten Einvernehmen zu stehen, da er schon wiederholt mit denselben Prozesse führte. Im Juli v. Js. erhielt Sch. ein Packet durch die Post zugesandt, in welchem sich zwei Schrauben befanden, außerdem ein Schreiben, in dem in wenig schmeichelhafter Weise für Sch. die Verwendbarkeit der Schrauben angedeutet war. Dieses in Reimen abgefaßte Schreiben enthielt die Widmung: „Gewidmet dem zuvorkommendsten und angenehmsten Hausbesitzer der Gegenwart“, auch der Abschnitt der Packetadresse enthielt einige beleidigende Bemerkungen gegen Sch. Letzterer forschte nach dem Absender dieses Packets und kam schließlich zu der Ansicht, daß dies ein Verwandter eines seiner Miether, der Kaufmann Paul G. sein müsse, er stellte Strafantrag und hatte sich heute G. wegen Beleidigung zu verantworten. Das Packet war in Grabow am 28. Juli v. Js. zur Post gegeben und will der Postbeamte, der das Packet abnahm, den G. mit aller Bestimmtheit als die Person wiedererkennen, der das Packet aufgab, ferner will der beleidigte Rentier Sch. den G. an dem Tage und zur Zeit der Aufgabe auf dem Wege von Grabow nach Stettin gesehen haben, ferner ist in dem beiliegenden Schreiben auf einen Streit hingedeutet, den Sch. mit den Kindern des G. hatte. Herr Hoflithograph Hochstetter, der als Schreibsachverständiger vernommen wurde, war bei dem Vergleich der Schrift des Angeklagten mit der auf der Postsendung zu keinem bestimmten Resultat gekommen. Die beiden Schriften weichen im allgemeinen Charakter von einander ab, dagegen sehen sie sich in einzelnen Formen ähnlich. Der Gerichtshof war der Ueberzeugung, daß der Angeklagte nicht der Schreiber der beleidigenden Sendung gewesen, daß er dieselbe aber in Grabow zur Post gegeben habe. Deshalb wurde G. wegen Beleidigung des Sch. zu 100 Mark event. 10 Tagen Haft verurtheilt.

Aus den Provinzen.

Vermischtes aus Pommern. — ♂ Bütow, 13. März. In dem am 7. d. M. stattgehabten Kreistage wurde der Haushalts-Etat pro 1887—88 im vorgelegten Entwurfe festgestellt und der Verwaltungs-Bericht genehmigt. Die Kreis-Kommunalkassen-Rechnung pro 1885—86 und die Kreissparkassen-Rechnung pro 1885 wurden dechargirt. Gemäß § 18 b des Kreissparkassen-Statuts wurde für 1886 den Einlegern eine Prämie von ½ pCt. zu gewähren beschlossen. Zum Schiedsmann für den ersten Schiedmanns-Bezirk (Jassen) wurde der Bauerhofsbesitzer Gohr in Klößen gewählt. Ferner wurden die Vertrauensmänner zu den Geschäften des Ausschusses in Bezug auf die Auswahl der Schöffen und Geschworenen, die Mitglieder der Einkommensteuer-Einschätzungs-Kommission pro 1887—88 und die Mitglieder der Kommission zur Begutachtung der Klassensteuer-Reklamationen gewählt. Der Bericht des Provinzial-Ausschusses über die Verwaltung der Angelegenheiten des Provinzial-Verbandes von Pommern pro 1885—86 wurde zur Kenntniß vorgelegt. — Der Chausseebau Bütow-Sommin, dessen Baukostenwerth auf 200,000 Mark veranschlagt, ist in der letzten Kreisausschußsitzung dem Bauunternehmer Schüschke von hier zum Mindestgebot von 14 pCt. unter der Anschlagssumme übertragen worden.

Stargard, 15. März. In heutiger öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wird der Kommunal-Etat pro 1. April 1887—88 festgesetzt werden. Dem Vernehmen nach wird nach demselben ein Zuschlag von 180 pCt. gegen 200 des Vorjahres zu der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer erforderlich sein.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Kleine Preise (Parquet 1 Mark 2c.). „Die beiden Schützen.“ Komische Oper in 4 Akten.

Donnerstag. Stadttheater: „Klaus Köppern.“ Schauspiel in 4 Akten.

Das 2. Leib-Husaren-Regiment Nr. 2 von 1741—1886. Berlin in der Liebel'schen Buchhandlung. Preis 1,20 Mark.

Allen Freunden der Kavallerie sei das kleine Buch warm empfohlen.

Kavalleristische Briefe an einen Waffengenossen über die technischen Fragen der Bewegungsformen und der Führung bei Kavallerie-Divisions-Uebungen. Rathenow bei M. Babenzien. 5 Mark.

Das Buch enthält höchst praktische, für jeden Reiterführer wichtige Fingerzeige und kann allen Kavallerie-Offizieren wie Reitern empfohlen werden. [32—33]

Vermischte Nachrichten.

— Das Technikum Mittweida (Kgr. Sachsen) wird diese Ostern das zweite Jahrzehnt seines Bestehens abschließen. Mit hoher Befriedigung darf die Anstalt auf die letzten 20 Jahre zurücksehen, ist doch die Schülerzahl eine stetig wachsende und beträgt im gegenwärtigen Wintersemester allein 562, wovon 409 die Abtheilung für Maschinen-Ingenieure und Elektrotechniker, ferner 138 die für Werkmeister und 15 Schüler verschiedene Fächer besuchen. Unter den Geburtsländern bemerken wir: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweiz, Großbritannien, Dänemark, Holland, Spanien 2c., aus Asien besonders Java, aus Afrika: Kapland und Goldküste, ferner Nord- und Südamerika und Australien. Die Eltern der Schüler gehören besonders dem Stande der Fabrikanten und Gewerbtreibenden an, ein Beweis für das Vertrauen, welches das Technikum in den maßgebenden Fachkreisen genießt. Programm und Jahresbericht erhält man unentgeltlich von der Direktion des Technikum Mittweida (Sachsen).

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Stuttgart, 15. März. Wie der „Staats-Anzeiger für Würtemberg“ meldet, hat Se. Majestät der Kaiser einen Tag nach der Annahme der Militärvorlage im Reichstage ein Telegramm an den König in Nizza gerichtet, in welchem Allerhöchstderselbe der so gut ausgefallenen Wahlen in Würtemberg gedachte, welche diesen Sieg mit herbeiführen halfen.

Minister v. Mittnacht ist zur Theilnahme an den Verhandlungen des Bundesraths nach Berlin abgereist.

Wien, 15. März. Das Abgeordnetenhaus lehnte in namentlicher Abstimmung den Minoritätsantrag Trojan betreffs des polyglotten Banknotentextes mit 193 gegen 82 Stimmen ab und nahm den diesbezüglichen Artikel unverändert an.

Sofia, 14. März. (Telegramm der „Agence Havas“.) Wie verlautet, hätte Zankow der Pforte eine Denkschrift überreicht, in welcher er erkläre, die Verhandlungen mit der Pforte nicht fortsetzen zu wollen; er halte eine militärische Besetzung des Landes durch die Türkei für das einzige Mittel zur Herstellung der Ordnung in Bulgarien.

Boston, 14. März. Nach weiteren Ermittelungen bestand der verunglückte Personenzug der Boston-Providence-Eisenbahn aus 8 Wagen, von denen 5 von der 50 Fuß hohen Brücke herabstürzten und völlig zertrümmert wurden, 3 Wagen blieben, entgleist und stark beschädigt, auf der Brücke stehen.